

DDR-Wirtschaft im ersten Halbjahr 1989	361
VR China: Vorläufiges Ende der Reformen?	367
Steigender Überschuß in der Leistungsbilanz	372

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 31/89

Berlin

3. August 1989

56. Jahrgang

DDR-Wirtschaft im ersten Halbjahr 1989

Die DDR-Führung hält längerfristig ein Wirtschaftswachstum von 4 vH jährlich für erforderlich. Diese Rate wurde auch dem Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1989 zugrunde gelegt. Verglichen mit den Vorjahren bedeutet das eine leichte Beschleunigung, es bedeutet auch bessere Ergebnisse bei der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Senkung des spezifischen Produktionsverbrauchs. Nach dem Bericht über das erste Halbjahr 1989 ist bisher das vorgesehene Wachstumstempo erreicht worden.

Aus dem Jahresplan für 1989 und dem Bericht der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Plandurchführung im ersten Halbjahr¹ ergibt sich folgendes Bild (realer Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH):

	Plan 1989	Ist 1. Hj. 1989
Produziertes Nationaleinkommen	4,0	4,0
Industrielle Warenproduktion (nur zentralgeleitete Betriebe)	4,2	4,4
Nettoproduktion der Industrie (nur zentralgeleitete Betriebe)	6,5	6,0
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung (nominal)	3,5	3,0
Einzelhandelsumsatz (nominal)	4	4,3
Investitionen	*	7
Außenhandelsumsatz (nominal) davon:	3,6	2,6
Export	4,3	2,5
Import	2,9	2,8
* Im Volkswirtschaftsplan wird eine absolute Zahl von 76 Mrd. Mark genannt.		

lich ist indes, ob die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik die Preisentwicklung methodisch noch ausreichend im Griff hat. Über Preiserhöhungen im Zulieferbereich, bei Konsum- und Investitionsgütern sowie in der Exportproduktion wird zunehmend berichtet. Die Steigerungen beruhen teilweise auf der Einführung „neuer Produkte“; für diese gibt es die Möglichkeit von Gewinnzuschlägen. Außerdem werden seit Anfang 1988 für Qualitätserzeugnisse Extragewinne gewährt, die erheblich höher sind als die früheren Preiszuschläge. Eine Unterscheidung zwischen Qualitäts- und Preiskomponente ist in solchen Fällen methodisch unlösbar, so daß nicht auszuschließen ist, daß inzwischen in steigendem Umfang Preiseffekte als realer Zuwachs abgerechnet werden.

Beschäftigung

Im laufenden Fünfjahrplanzeitraum (1986-1990) ist die DDR mit einer veränderten Arbeitskräftesituation konfrontiert. Von 1981 bis 1985 stieg die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um rund 230 000 Personen, die Zahl der Beschäftigten (ohne Lehrlinge) nahm um rund 315 000 Personen zu. Die nicht völlig übereinstimmenden Prognosen 1986 bis 1990 rechnen mit einem Rückgang von 30 000

Mit Ausnahme des Exports entsprechen die Zuwachsraten weitgehend den Vorgaben des Jahresplans. Frag-

¹ Neues Deutschland vom 16. Dezember 1988 und vom 20. Juli 1989.

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in der DDR
Zuwachs gegenüber der Vorjahreszeit in vH

	1987		1988		1989	
	1. Halbj.	Jahr	1. Halbj.	Jahr*	1. Halbj.*	Jahr
	Ist					Plan
Produziertes Nationaleinkommen	3,0	3,6	4,1	2,8	4,0	4,0
Industrie						
Warenproduktion ¹⁾	3,1	3,5	4,6	3,5	4,4	3,5
Bereich der Industrieministerien						
Warenproduktion	4,0	3,7	4	3,7	4,4	4,2
Nettoproduktion ²⁾	6,4	6,5	7,9	6,7	6,0	6,5
Arbeitsproduktivität ²⁾³⁾	6,8	6,7	7,8	6,9	6,0	6,0
Bauwirtschaft						
Bauproduktion ²⁾⁴⁾	2,0	2,2	4,1	3,5	2,2	2,1
Fertiggestellte Wohnungen ⁵⁾) in	101,6	214,2	107,4	219,2	102,8	212,2
Neubau) 1000	51,0	114,0	51,1	110,5	47,4	107,8
Modernisierung)	50,6	100,2	56,3	108,7	55,4	104,4
Landwirtschaft						
Staatliches Aufkommen ⁶⁾						
Schlachtvieh	2,0	1,2	-0,3	0,2	1,3	0,4
Milch	-0,6	-1,5	0,3	-0,4	3,0	-1,4
Eier	-0,9	1,2	2,4	1,0	3,0	-1,0
Viehbestand ⁷⁾	-1,7	-1,6	-0,4	-0,3	-0,6	.
Verkehr						
Gütertransportmenge, insgesamt ⁸⁾	-1,7	-1,5	5,2	2,4	0,6	.
darunter:						
Eisenbahn	-2,1	-0,4	5,4	1,4	-1,7	.
Binnenschifffahrt	0,0	-1,0	14,1	10,9	6,6	.
Straßenverkehr	-1,7	-2,8	5,0	3,1	2,1	.
Elektrifizierte Eisenbahnstrecke ⁹⁾ (in km)	97	338	96	383	132	322
Einzelhandel, Umsatz¹⁰⁾	2,6	3,6	5,2	3,9	4,3	4
Nahrungs- und Genußmittel	2,8	3,1	3,1	2,0	2,1	.
Industriewaren	2,4	4,2	7,5	5,7	6,4	.
Außenhandel, Umsatz¹⁰⁾¹¹⁾	-4,4	-3,0	-2,4	0,4	2,6	3,6
Einfuhr	-5,0	-4,2	-2,4	0,6	2,8	2,9
Ausfuhr	-3,8	-1,7	-2,4	0,3	2,5	4,3
Saldo (in Mrd. VM)	+2,22	+3,26	+2,14	+3,01	+2	+4,3
Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung	4,0	4,7	4,2	3,9	3,0	3,5
Investitionen¹²⁾	0,7	8,0	12,6	8,2	7	.

* Vorläufige Angaben, z.T. geschätzt. — ¹⁾ Bis 1988 aus monatlichen Indexangaben errechnet; tatsächliches Ist, d.h. unter Rückrechnung der offiziellen — arbeitstäglich bereinigten — Ursprungsdaten. — ²⁾ Jahresangaben 1987 und 1988 aus Indexangaben. — ³⁾ Basis Nettoproduktion. — ⁴⁾ Planzahl 1989 im zentral- und örtlich geleiteten Bauwesen. — ⁵⁾ Leistung im jeweiligen Zeitraum. — ⁶⁾ Planzahlen 1989 aus Mengenangaben errechnet. — ⁷⁾ Summe aus Kühen, sonstigen Rindern, Schweinen, Schafen und Legehennen; jeweils Mai- bzw. November-Zählung; ermittelt auf der Grundlage des Großvieheinheiten-Schlüssels der DDR. — ⁸⁾ Halbjahresergebnisse z.T. geschätzt. — ⁹⁾ Zugang im jeweiligen Zeitraum. — ¹⁰⁾ Jeweilige Preise; Aufteilung der Halbjahresangaben z.T. geschätzt. — ¹¹⁾ Einschl. innerdeutscher Handel. — ¹²⁾ Ohne Generalreparaturen; zu konstanten Preisen. Im Volkswirtschaftsplan wird für 1989 lediglich ein absoluter Betrag von 76 Mrd. M genannt.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR. — Statistisches Taschenbuch der DDR 1989. — Statistical indicators of short term economic changes in ECE countries, Genf. — Volkswirtschaftsplan 1989 (GBI. der DDR, Teil I/1988, Nr. 27). — Planerfüllungsbericht 1988 (Neues Deutschland vom 19. Januar 1989). — Planerfüllungsberichte der 1. Halbjahre (zuletzt Neues Deutschland vom 20. Juli 1989). — Berechnungen und Schätzungen des DIW.

bis 50 000 Personen im erwerbsfähigen Alter. Nach der Prognose des DIW liegt der Wendepunkt von der Zunahme zur Abnahme im Jahr 1988. Die Bedeutung dieser Entwicklung für die Zahl der Beschäftigten ist schwer abzugreifen. Noch 1987 wurde prognostiziert², daß im gesamten Fünfjahrplanzeitraum die Zahl der Beschäftigten (ohne Lehrlinge) weiter zunehmen werde, und zwar um rund 100 000 Personen. Die tatsächliche Entwicklung verlief flacher (in Personen):

	1986	1987	1988
Beschäftigte	+9 000	+23 000	+24 000
Lehrlinge	-7 000	- 7 000	+ 2 000

Anfang 1989 wurden Vorausberechnungen erwähnt, nach denen die Zahl der Arbeitskräfte 1989 und 1990 gleich bleibt, dann jedoch zurückgeht³. Bei den Lehrlingen ist die Situation prekär. 1989 gibt es 38 000 Schulabgänger weniger als 1988 (-24 vH). 1990 wird die Zahl der Schulabgänger nur noch 54 vH der Zahl von 1980 erreichen⁴. Schon jetzt ist der Facharbeiternachwuchs für zahlreiche Berufe nicht gesichert. 1988 blieben in Industrie und Bauwesen fast 3 200 Lehrstellen offen, im Handel, Verkehr und Dienstleistungsgewerbe wurden allerdings 2 300 Lehrlinge mehr eingestellt als geplant.

Gesamtwirtschaftlich erfordert diese Sachlage Rationalisierungen in größerem Umfang, zumal der Arbeitskräftebesatz der DDR im Vergleich zu entwickelten westlichen Ländern überdurchschnittlich hoch ist. So wurde die Situation bei den Arbeitskräften vermutlich der Auslöser für die „Schwedter Initiative“, begonnen 1978 im Petrolchemischen Kombinat Schwedt (Motto: „Weniger produzieren mehr“). Danach soll versucht werden, Arbeitskräfte durch Rationalisierungsmaßnahmen einzusparen und für neue Aufgaben einzusetzen. Auf der 7. Tagung des ZK der SED im Dezember 1988 hieß es, daß diese Aktivitäten zu beschleunigen seien⁵. Als Erfolg werden bisher Umsetzungen von jährlich 70 000 bis 100 000 Arbeitskräften gemeldet. Es wird aber schon angedeutet, daß viele Betriebe „viel Ungereimtes unter Schwedter Vorzeichen abrechnen“⁶: Normale Fluktuation, Streichung unbesetzter Planstellen u.ä. werden als Ergebnisse sozialistischer Rationalisierung verbucht. Hinzu kommt, daß die „eingesparten“ Arbeitskräfte zu mehr als 90 vH im ursprünglichen Betrieb bleiben, Strukturveränderungen über die Zweige hinweg also nur gering sind. Als besonderer ökonomischer Verlust wird herausgestellt, daß etwa 500 000 Berufstätige nicht qualifikationsgerecht eingesetzt seien⁷.

Seit einiger Zeit hat die DDR die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte ausgedehnt. Anfang 1989 waren etwa 85 000 Ausländer im Rahmen von Arbeitskräfteabkommen in mehr als 800 Betrieben der DDR für längere Zeit tätig⁸. Zusammen mit den darin nicht enthaltenen 25 000 polnischen Beschäftigten im Bauwesen und im

Dienstleistungssektor⁹ sind mehr als 100 000 Ausländer in der DDR-Wirtschaft eingesetzt.

Die Zunahme des Arbeitsvolumens (= gesamtwirtschaftliche Arbeitszeit) ist wegen Arbeitszeitverkürzungen und Urlaubsverlängerungen schon in der Vergangenheit niedriger gewesen als die Zunahme der Zahl der Beschäftigten. 1988 ist der Urlaub für die älteren Arbeitnehmer (rund 860 000 Personen) um fünf Tage verlängert worden.

Energie und Industrie

Im März 1989 wurde mit der Inbetriebnahme des sechsten 500 MW-Blocks das Kraftwerk Jänschwalde — nach insgesamt 17jähriger Bauzeit — fertiggestellt. Mit einer Gesamtleistung von 3 000 MW ist es nach Boxberg (3 520 MW) das zweitgrößte Kraftwerk in der DDR. Es deckt rd. ein Siebtel des Stromverbrauchs. Das Kraftwerk, das täglich rd. 100 000 t Braunkohle verbraucht, ist noch nicht mit Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen ausgerüstet worden. Seine SO₂-Emissionen können auf rd. 350 000 t pro Jahr geschätzt werden, das entspricht mehr als der Hälfte des SO₂-Ausstoßes der öffentlichen Stromversorger in der Bundesrepublik.

Jänschwalde soll das letzte große Braunkohlekraftwerk sein, das in der DDR gebaut wurde. Künftig soll der Verbrauchszuwachs durch Kernenergie gedeckt werden. Hier gibt es indes erneut Verzögerungen. Seit 1979 arbeitet das Kernkraftwerk Nord (bei Greifswald) mit einer Leistung von 1760 MW und produziert damit rd. 10 vH des Stromverbrauchs in der DDR. Im Fünfjahrplan 1986 bis 1990 ist vorgesehen, bis 1990 drei weitere 440 MW-Blöcke im Kernkraftwerk Nord in Betrieb zu nehmen. Zunächst war die Fertigstellung des ersten dieser drei Blöcke für 1988 geplant¹⁰. Anfang 1989 hieß es, daß der

² Siegfried Lein, Ernst Mader: Theoretische und praktische Probleme der Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. In: Sozialistische Arbeitswissenschaft, Heft 4/1984, S. 241 ff.

³ Heinz Klopfer (Staatssekretär in der Staatlichen Plankommission) in Radio DDR I, am 2. Januar 1989.

⁴ Horst Kuhn (Stellvertreter des Staatssekretärs für Berufsbildung) in Radio DDR I, am 5. August 1988.

⁵ Neues Deutschland vom 2. Dezember 1988, S. 3 ff.

⁶ Tribüne vom 26. Mai 1989, S. 3 sowie Bericht des Präsidiums auf der 9. Tagung des Bundesvorstands des FDGB. In: Tribüne vom 30. Juni 1989, S. 5.

⁷ Arbeit und Arbeitsrecht, Heft 6/1989, S. 121.

⁸ 53 000 aus Vietnam, 14 000 aus Mozambique, 10 000 aus Kuba, 6 500 aus Polen, 1 000 aus Angola, 900 aus China. In: Was und wie. Informationen, Argumente, Übersichten für den Agitator, Heft 1/1989, S. 17.

⁹ Neuer Weg, Nr. 13/1989, S. 495.

¹⁰ Am 5. Januar 1988 meldete das Neue Deutschland: „Fünfter Reaktorblock geht noch 1988 ans Energienetz“.

Probetrieb bevorstehe¹¹. Bisher ist jedoch kein neuer Block ans Netz gegangen. Die noch in diesem Jahr vorgesehene Aufnahme der Strombezüge aus der Bundesrepublik ist daher für die DDR wichtig. Allerdings werden sie nur knapp 1 vH des Verbrauchs ausmachen.

Für die zentralgeleitete Industrie (im Bereich der Industrieministerien) wird im Planerfüllungsbericht für das erste Halbjahr 1989 über folgende wichtige Kennzahlen berichtet (Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in vH):

Industrielle Warenproduktion	+ 4,4
Nettoproduktion	+ 6,0
Lieferung von Fertigerzeugnissen für die Bevölkerung an den Handel zu Einzelhandelspreisen	+ 7
Spezifische Selbstkosten	— 1,1
Neuentwickelte Konsumgüter	+ 9
Erzeugnisse mit dem Gütezeichen „Q“	+11

Die „Staatsplanpositionen“, die etwa die Hälfte der Industrieproduktion umfassen, wurden zuverlässiger als in den Vorjahren erfüllt. Bei 348 Positionen war die Entwicklung zufriedenstellend, bei 35 Positionen (u.a. Ersatzteile für Landmaschinen, Flaschen für Lebensmittel) wurden Rückstände registriert. Insgesamt hat die DDR-Industrie die im Jahresplan vorgesehenen Zuwachsraten im ersten Halbjahr erreicht.

Die Entwicklung nach Industriebereichen wird nur für die Nettoproduktion nachgewiesen. Aus den monatlichen Kurzberichten der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik geht hervor, daß die Produktion im ersten Halbjahr allgemein kontinuierlich verlaufen ist. Probleme gab es in der Kaliindustrie. Im März 1989 kam es zu einem Gebirgsschlag im Werragebiet, der zu beträchtlichen Schäden geführt hat. Rund ein Drittel der Gewinnungskapazität des Kalibetriebs „Werra“ wurde zerstört¹². Die Nettoproduktion im Bereich des Ministeriums für Erzbergbau, Metallurgie und Kali erhöhte sich im ersten Halbjahr nur um 1,5 vH (Plan 1989: 4,1 vH).

Die chemische Industrie sowie der Schwermaschinen- und Anlagenbau haben im ersten Halbjahr die geplante Jahreszuwachsrate nicht erreicht. Positiv waren die Ergebnisse im allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau sowie in der Leichtindustrie. Für die meisten Industriebereiche werden besondere Leistungen bei der Produktion hochwertiger und moderner Erzeugnisse hervorgehoben. Betont werden die Erfolge bei der Entwicklung der „Schlüsseltechnologien“. Die Zuwachsraten bei mikroelektronischen Bauelementen, Computern und Zubehör sind beachtlich. Die Breitenwirkung dieser Effekte ist aber noch nicht ausreichend; häufig wird über mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit geklagt.

Ein schwieriges Kapitel sind nach wie vor die Zulieferungen. Kontinuität und Zuverlässigkeit sind nicht ge-

währleistet; hinzu kommt, daß für die notwendige Erneuerung der Produkte ein höheres Maß an Flexibilität und Reaktionsfähigkeit auch im Zulieferbereich erforderlich ist¹³. Das entscheidende Defizit liegt in der Unausgewogenheit von Zulieferern und Enderzeugern. In der DDR wurde der Aufbau einer differenzierten innovativen Zulieferindustrie ersetzt durch eine hohe horizontale und vertikale Konzentration in den Kombinat, zusätzlich ist man bestrebt, Kapazitäten für „erzeugnisbestimmende“ Zulieferungen in den Kombinat selbst zu errichten. Naturgemäß läßt sich damit die Kooperation zwischen den Kombinat nur in begrenztem Umfang ersetzen; ein beträchtlicher Teil der Zulieferungen muß von außen bezogen werden. Dies wird schwierig, wenn die Zulieferhersteller nicht zum gleichen Verantwortungsbereich (Industrieministerium) wie die Endproduzenten gehören. Die rechtlichen Regelungen zur Verbesserung des Zulieferproblems (Vertragsgesetz, Bestell- und Lieferfristen-Verordnung, Quartals- und Monatsplanung) haben offenbar keine durchschlagende Wirkung. Berichtet wird, daß auch Vertragsstrafen die Vertragsdisziplin nicht erhöht haben.

Inzwischen wird beklagt, daß die Zulieferer zum Preisanstieg in der Industrie beitragen, indem sie von der Möglichkeit, Extragewinne über die Erneuerung der Produkte zu erzielen, vielfach auch dann Gebrauch machen, wenn dies nicht unbedingt im tatsächlichen Neuerungsgrad oder in einer Qualitätsverbesserung der Produkte begründet ist. Die Endproduzenten sind dieser Entwicklung hilflos ausgesetzt, weil sie nicht auf andere Zulieferer ausweichen können.

Sonstige produzierende Bereiche

In der *Landwirtschaft* hat die große Trockenheit im ersten Halbjahr 1989 die Ertragsaussichten vermindert. Dabei ist die Produktion von Getreide vermutlich weniger betroffen; die Erträge dürften die des Vorjahres knapp erreichen. Größere Schwierigkeiten zeichnen sich bei der Hackfruchternte und bei der Futterproduktion ab. Unter diesen Bedingungen werden wieder höhere Futterimporte nötig sein. Im ersten Halbjahr hat es erhebliche Versorgungsprobleme bei Gemüse gegeben. Die Lagerverluste waren hoch, und die Treibhaus-Gemüseproduktion reichte für die Versorgung der Bevölkerung nicht aus. Das Fehlen von Konserven aus dem Vorjahr wurde ebenso spürbar.

¹¹ Berliner Zeitung vom 6. Januar 1989, S. 3.

¹² Vgl. den Bericht des Politbüros an die 8. Tagung des ZK der SED. In: Neues Deutschland vom 23. Juni 1989, S. 3 ff.

¹³ Hans-Günter Wilhelm: Die Gestaltung effektiver Kooperationsbeziehungen zwischen den Wirtschaftseinheiten. In: Wirtschaftswissenschaft, Heft 4/1989, S. 538 ff. — Peter Freund: Recht und wissenschaftlich-technischer Fortschritt. In: Staat und Recht, Heft 1/1989, S. 62 ff.

In der Tierproduktion meldet der Planerfüllungsbericht eine planmäßige Entwicklung. Die Tierbestände sind jedoch entgegen den Planvorgaben schon seit 1985 leicht rückläufig. Es fehlt an zuverlässiger Futterversorgung, die Zusammenarbeit zwischen Tier- und Pflanzenproduktion läßt zu wünschen übrig, Ertrag und Qualität der Futterproduktion sind nicht ausreichend. Die Lage in der Tierproduktion wird auch dadurch erschwert, daß zu wenig gut ausgebildete und motivierte Arbeitskräfte vorhanden sind. Die Tierproduktion findet weitgehend noch auf herkömmliche Weise statt; die Stallanlagen sind veraltet¹⁴. Die schon seit Jahren geforderte Rationalisierung ist wegen der Engpässe im Bauwesen, im Vorleistungsbereich und in den Werkstätten kaum vorangekommen. Der schlechte Zustand in den Ställen bedingt einerseits einen hohen Arbeitskräfteeinsatz und führt andererseits dazu, daß die Landwirtschaft mit Arbeitskräftemangel zu kämpfen hat. Schwere Arbeitsbedingungen sind wenig geeignet, Arbeitskräfte für derartige Tätigkeiten zu gewinnen.

Im Bericht des Politbüros an die 8. Tagung des ZK der SED im Juni 1989 wurde mitgeteilt, daß 1991 die Preisreform in der Landwirtschaft fortgesetzt werden wird. Schon jetzt wird in ausgewählten Genossenschaften nach neuen Regelungen gearbeitet. Obwohl Einzelheiten noch nicht bekannt sind, läßt sich vermuten, daß eine Erhöhung der Agrarpreise ins Auge gefaßt wird.

In der *Bauwirtschaft* haben sich Bruttoproduktion (+2,2 vH) und Nettoproduktion (+4,3 vH) etwa plangemäß erhöht. Allerdings ist es nicht gelungen, die spezifischen Kosten im vorgesehenen Umfang zu senken: Geplant war ein Rückgang von 1,7 vH, erreicht wurden 0,7 vH.

Im ersten Halbjahr 1989 wurden knapp 103 000 Wohnungen — 5 000 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres — fertiggestellt, 47 400 davon wurden neugebaut, 53 400 modernisiert. Rückstände gab es bei den Reparaturen an Wohngebäuden, sie erhöhten sich um 2,2 vH (Plan 1989: 4,0 vH). Das Dachinstandsetzungsprogramm, vom Ministerrat 1984 beschlossen, sah vor, bis Ende 1987 rund 74 Mill. qm Dachfläche an Wohngebäuden zu reparieren¹⁵. 1984 bis 1987 wurden an etwa 40 vH der Dächer aller Wohnhäuser größere Reparaturarbeiten ausgeführt; die Liste der sanierungsbedürftigen Objekte ist aber immer noch nicht abgearbeitet. Geschätzt wird, daß das Programm erst 1990 abgeschlossen sein wird. Als neues Problem steht inzwischen die Sanierung der Dächer der Neubauten, vor allem der Flachdächer, an, die technisch neue Methoden erfordert.

Die schwierige Lage im Industriebau dauert an. Dieser Bereich ist zuständig für Neubauten und Reparaturarbeiten in Industriebetrieben, im Verkehrswesen, in der Wasserwirtschaft und z.T. im Dienstleistungsbereich. Der Schwerpunkt hat sich deutlich zu den Rationalisierungsvorhaben verlagert, mit der Konsequenz steigender Ko-

sten und einer Zersplitterung der Kräfte. Die Kapazitäten im Industriebau (Beschäftigte, technische Ausstattung) reichen für die geplanten Aufgaben nicht aus.

Im *Verkehrsbereich* ist die Reichsbahn immer noch Sorgenkind. Berichtet wird, daß an 2 840 km Gleisen Reparaturarbeiten durchgeführt wurden. Die Arbeiten werden nach dem Motto „Fahren und Bauen“ ausgeführt; dies bedeutet erhebliche Verzögerungen im Reise- und Güterverkehr. An den Gebäuden der Reichsbahn haben die Schadensfälle zugenommen, die Gebäude sind zum Teil sehr alt und nicht ausreichend instand gehalten worden. Die 1980 begonnene Verlagerung der Transporte von der Straße zur Schiene wird seit 1988 nicht weiter fortgesetzt.

Verteilung und Verwendung

Die *Nettogeldeinnahmen* der Bevölkerung stiegen laut Planerfüllungsbericht um 3 vH, das ist etwas weniger, als es der Volkswirtschaftsplan vorgesehen hatte (3,5 vH). Der Umsatz im Einzelhandel erhöhte sich um 4,3 vH (Industriewaren: +6,4 vH; Nahrungs- und Genußmittel: +2,1 vH). Diese Entwicklung zeigt das fortgesetzte Bemühen der Wirtschaftsführung um eine bessere Übereinstimmung von „Kauffonds“ und „Warenfonds“. Tendenziell hatte sich seit Beginn der achtziger Jahre eine stärkere Steigerung der Nettogeldeinnahmen ergeben; sie war 1986 und 1987 besonders ausgeprägt. 1988 trat eine Wende ein; die beiden Größen näherten sich wieder stärker einander an. Allerdings gilt dies nur für die großen volkswirtschaftlichen Aggregate und nicht für die Sortimente im einzelnen. Klagen der Bevölkerung über Versorgungsmängel halten jedoch an.

Insgesamt spielt sicher eine Rolle, daß mit steigenden Einkommen auch die Ansprüche wachsen. Es entwickeln sich neue Ernährungsgewohnheiten, die Nachfrage nach besseren Fleischsorten und Milchprodukten sowie insbesondere nach Obst und Gemüse steigt. Gerade hier ist das Angebot jedoch knapp, bei Gemüse kam es sogar im ersten Halbjahr zu einer ausgesprochenen Mangel-lage¹⁶. Bei Industriewaren sind in vielen Fällen jahrelang unveränderte Erzeugnisse im Angebot, die den neuen Anforderungen der Käufer nicht entsprechen. Bemängelt wird auch, daß ständig in bestimmten Positionen, so in

¹⁴ Freie Erde vom 25. Mai 1989, S. 4.

¹⁵ Neues Deutschland vom 29. März 1988, S. 3.

¹⁶ Dies wird in der DDR-Presse zunehmend kritisiert. Vgl. etwa Bericht von der 17. Tagung der Bezirksleitung Dresden der SED. In: Sächsische Zeitung vom 22. März 1989, S. 3. — Aus dem Referat von Johannes Chemnitzer, Mitglied des ZK der SED und 1. Sekretär der Bezirksleitung Neubrandenburg, auf der Parteiaktivtagung der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft. In: Freie Erde vom 25. Mai 1989, S. 4.

den „1 000 kleinen Dingen“, Lücken bestehen. Ein ebenso ärgerliches Thema ist die schlechte Qualität vieler Produkte, ihre Reparaturanfälligkeit und der gleichzeitige Mangel an Ersatzteilen und Reparaturkapazitäten. Eine Anordnung zur Sicherung der Ersatzteilversorgung aus dem Jahr 1985¹⁷ hat — nach Einschätzung des Zentralen Vertragsgerichts¹⁸ — die Probleme bisher nicht ausgeräumt: Die Verpflichtung der Hersteller von Konsumgütern zur Ersatzteilerstellung kollidiert mit der nicht ausreichenden Planung und Bilanzierung der Produktion von Teilen beim Endproduzenten und bei seinen Zulieferern.

Die geforderte Kooperation zwischen Handel und Industrie hat in einem Warenhaus (Berlin-Marzahn) zur Aufstellung einer Liste von 800 Artikeln geführt, die es nicht mehr, nicht ausreichend oder gar nicht gibt¹⁹. Sie sollte insbesondere die Produktionsmittel herstellenden Kombinate zur Produktion gefragter Konsumgüter anregen. Große Erfolge waren nicht zu verzeichnen, zum Teil deshalb, weil die Produktion vieler der „1 000 kleinen Dinge“ aus betriebswirtschaftlicher Sicht unrentabel ist. Eine Lockerung der rigiden Preisgestaltung könnte möglicherweise einige der Engpässe beseitigen. Sie würde auch die Voraussetzungen für den Beschluß des Ministerrats verbessern, die bezirksgeleiteten Kombinate stärker zur Produktion der „1 000 kleinen Dinge“ heranzuziehen und ihre Kapazitäten zu vergrößern.

Ein Schwerpunkt der wirtschaftspolitischen Strategie ist seit längerem die *Investitionstätigkeit*. Der noch im Fünfjahrplan enthaltene Ansatz, die Investitionen nur unterdurchschnittlich auszudehnen, ist offensichtlich überholt. Es ist klar geworden, daß die restriktive Investitionspolitik zu Beginn der achtziger Jahre große Lücken hinterlassen hat und daß die Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft in hohem Maße von der Erneuerung der Kapazitäten abhängt. Die Investitionen sollen vor allem auf den produzierenden Bereich konzentriert werden, 57 vH davon sind für die Industrie vorgesehen.

Im Volkswirtschaftsplan für 1989 wurde ein Investitionsvolumen von 76 Mrd. Mark genannt, vermutlich basiert die Bewertung auf den Preisverhältnissen von 1988. Unter dieser Annahme war der geplante Zuwachs für 1989 nur gering (+2 vH). Der Planerfüllungsbericht meldet für das erste Halbjahr 1989 eine Steigerung der Investitionen insgesamt von 7 vH und in den produzierenden Bereichen der Volkswirtschaft von 8 vH. Besonders hervorgehoben wird der „Staatsplan Investitionen“, der zum Jahresbeginn 1989 eingeführt worden ist. Er enthält 287 wichtige Vorhaben aus mehreren Bereichen. Einige Projekte sind bereits in Betrieb genommen worden, insgesamt verläuft die Abwicklung plangemäß.

Aspekte des Außenhandels

Der Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des ZK der SED im Dezember 1988 — erstattet von Erich Honecker

— enthält die Feststellung: „Wir stehen im Export jetzt und in den kommenden Jahren vor Aufgaben, die in ihren quantitativen und qualitativen Dimensionen noch größer sind als bisher“. Kritisch ist besonders das Mißverhältnis zwischen den inländischen Aufwendungen und den Erlösen auf den Exportmärkten. Während die inländischen Kosten tendenziell steigen, sind die Erlöse je Produkteinheit auf den Exportmärkten bestenfalls konstant. Der rechnerische Ausdruck dafür, die „Devisenrentabilität“ (Devisenerlös dividiert durch Betriebspreis), sinkt kontinuierlich, insbesondere bei den Exporten in die westlichen Länder.

Im Handel mit dem „sozialistischen Wirtschaftsgebiet“ haben sich die Rahmenbedingungen geändert. Früher wurde der Handel auf der Basis langfristiger Handelsabkommen und jährlicher Protokolle seitens der Regierungen abgewickelt. Heute müssen derartige Vereinbarungen durch Verhandlungen zwischen den einzelnen Handelspartnern ausgefüllt werden. Darüber hinaus wird im RGW-Raum offenbar über eine Veränderung der Preisbildungsprinzipien diskutiert. Im Gespräch ist, den Fünfjahresdurchschnitt durch einen Dreijahresdurchschnitt abzulösen und einen Teil des Handels auf der Basis von aktuellen Weltmarktpreisen in konvertiblen Währungen abzuwickeln.

Der Handel mit der Sowjetunion ist seit längerem rückläufig, in erster Linie wegen der Preisentwicklung für Energierohstoffe. Gegenwärtig wird versucht, die Handelsbeziehungen durch neue Vereinbarungen zu stabilisieren. Dazu gehören die Konzeption der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR bis zum Jahr 2000 vom Februar 1989²⁰ sowie Beratungen über die Koordinierung der Volkswirtschaftspläne 1991 bis 1995. Erstmals wurde ein Gemeinschaftsunternehmen mit der Sowjetunion gegründet, an dem das Kombinat Robotron und der sowjetische Betrieb Zentro-Programmsystem je zur Hälfte beteiligt sind („Zentron“ in Kalinin)²¹.

Im Westhandel hat die DDR schon seit längerem Probleme mit der Wettbewerbsfähigkeit. Seit 1985 ist der Handel rückläufig, ebenfalls infolge der Preissenkungen für Erdöl und Mineralölzeugnisse. Die geringeren Einnahmen auf der Exportseite wurden mit einer Drosselung auf der Importseite aufgefangen, dies hat aber manche Möglichkeiten für die Einfuhr moderner Technologie beschnitten. Die künftige Strategie sieht auch hier eine Absicherung der Handelsbeziehungen vor. Gegenwärtig werden Verhandlungen über ein Handelsabkommen mit der EG geführt. Auch ist die DDR offenbar entschlossen,

¹⁷ GBI. der DDR, Teil I/1985, S. 326.

¹⁸ Wirtschaftsrecht, Heft 2/1989, S. 38 ff.

¹⁹ Tribüne vom 26. April 1989, S. 3 und vom 13. Juli 1989, S. 3.

²⁰ Neues Deutschland vom 10. Februar 1989, S. 1.

²¹ Süddeutsche Zeitung vom 14. März 1989, S. 23 ff.

den Weg der Kooperation für die Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit zu gehen²².

Vor diesem Hintergrund war die Planung des Außenhandels für 1989 mit Raten für den Export von 4,3 vH und für den Import von 2,9 vH durchaus optimistisch. Nach dem Planerfüllungsbericht belief sich im ersten Halbjahr die Zunahme der Ausfuhr nur auf 2,5 vH. Bei einer Importsteigerung von 2,8 vH konnte dennoch ein Exportüberschuß („mehr als 2 Mrd. Valutamark“) erwirtschaftet werden.

Zweifelhafte Kampagnen

Im „Jubiläumsjahr“ 1989 (40 Jahre DDR) sowie aus Anlaß der Kommunalwahlen im Mai 1989 und zur Vorbereitung des XII. Parteitags der SED im Mai 1990 waren die üblichen Selbstverpflichtungen noch zahlreicher: Die Kombinate haben sich im März 1989 vorgenommen, den

Jahresplan um 2,3 Mrd. Mark zu überbieten. Die Bezirksparteioorganisation der SED Karl-Marx-Stadt hat die zusätzliche Produktion von Konsumgütern im Bezirk beschlossen, alle übrigen Bezirke sind diesem Beispiel gefolgt. Festgelegt wurde, daß jeder Betrieb zu Ehren des Parteitags ein Rationalisierungsobjekt durchführt und es möglichst bereits zum 40. Jahrestag der DDR fertigstellt. Derartige Verpflichtungen sind in der DDR fast die Regel. Sie können aber das Problem nicht aus der Welt schaffen, daß die eigentlichen Jahrespläne im Hinblick auf Kontinuität und Qualität nicht ausreichend erfüllt werden, eher bringen sie noch mehr Störungen in das komplizierte Geflecht der Material- und Zulieferbeziehungen. Besser wäre, diese routinemäßigen und nutzlosen Kampagnen abzuschaffen und die Reformen zur Erhöhung der Selbständigkeit der Betriebe voranzutreiben.

²² Ebenda.

VR China: Vorläufiges Ende der Reformen?

Noch zu Beginn des Jahres 1988 hatte die chinesische Regierung beschlossen, den Reformprozeß zu beschleunigen. Ein insgesamt gutes Wirtschaftsergebnis und eine positive Bilanz des Außenhandels im Vorjahr gaben den Mut zu größeren Reformschritten: Neben institutionellen Veränderungen sollte die Preisreform rascher als bisher vorangetrieben und das ökonomische Reformwerk durch vorsichtige Neuerungen auf politischem und kulturellem Gebiet ergänzt werden. Als sich jedoch im Sommer 1988 eine schlechtere Ernte abzeichnete und der Preisanstieg sich stark beschleunigte, beschlossen Partei und Regierung im Frühherbst ein zweijähriges Moratorium der Preisreform und weitere — administrative — Maßnahmen zur Abkühlung der überhitzten Wirtschaftsentwicklung. Die Debatten über Umfang und Ziel der Anpassungsmaßnahmen verschärften sich und erreichten ihren vorläufigen Höhepunkt auf dem Volkskongreß im April 1989.

Die chinesische Führung betont heute den Willen zur Weiterführung der Reformen und der Öffnungspolitik. In welchem Rahmen dies nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung Anfang Juni 1989 noch möglich ist, ist zur Zeit nicht erkennbar. Auch ohne die dramatische Wende wären Zweifel an einer beständig weitergehenden Liberalisierung angebracht gewesen. Nun wird deutlicher, daß der Wendepunkt hin zu einer wieder mehr dirigistischen Wirtschaftspolitik spätestens auf den Herbst 1988 zu datieren ist.

Das Ergebnis der Wirtschaftstätigkeit im Jahr 1988 war sehr uneinheitlich. Die gesamtwirtschaftliche Leistung, das Bruttosozialprodukt, konnte real um 11,2 vH, d.h. sogar etwas mehr als im Vorjahr gesteigert werden; getragen wurde dieses Wachstum von der Industrieproduktion, die mit knapp 18 vH doppelt so schnell wuchs wie geplant¹. In der Landwirtschaft war dagegen der Produk-

tionsanstieg vergleichsweise schwach. Er lag mit rund 3 vH um 1 vH-Punkt unter dem geplanten Anstieg; die Getreideproduktion ging sogar zurück (–2,7 vH). Versorgungsschwierigkeiten zwangen erneut zu erhöhten Importen. Trotz kräftiger Steigerung der Ausfuhren — wie im Jahr davor um mehr als 20 vH — erhöhte sich deshalb das Handelsbilanzdefizit auf 7,7 Mrd. US-\$. Auch die Engpässe im Energie- und Transportsektor verschärften sich. Die größte Unruhe in der Gesellschaft löste jedoch der dramatische Anstieg der Einzelhandelspreise aus. Vom Frühjahr 1988 an beschleunigte sich die Inflation, der

¹ Kommuniqué des Staatlichen Amtes für Statistik der VR China über die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung 1988 vom 28.2.1989. In: Renmin Ribao vom 1.3.1989, deutsch als Beilage zu Beijing Rundschau vom 7.3.1989.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren für die VR China

	Einheit	1988	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
			Veränderung gegenüber Vorjahr in vH									
Bevölkerung ¹⁾	Mill.	1096,1	1,3	1,2	1,4	1,5	1,2	1,1	1,1	1,4	1,4	1,5
Zahl der Beschäftigten ²⁾	Mill.	543,2	1,8	3,2	3,3	3,3	2,9	3,5	4,8	3,2	2,9	2,9
Bruttosozialprodukt, real ³⁾	Mrd. Yuan	936,3	7,4	7,9	4,6	8,7	10,2	14,5	13,0	8,3	10,6	11,2
Produktivität ⁴⁾	Yuan	1723,7	5,5	4,6	1,3	5,2	7,1	10,6	7,8	4,9	7,5	8,1
Bruttoproduktion von Landwirt- schaft und Industrie ⁵⁾	Mrd. Yuan	2371,8	8,5	7,5	4,6	8,9	10,2	15,2	16,8	9,3	14,6	15,7
Industrie	Mrd. Yuan	1810,0	8,5	8,7	4,1	7,7	10,5	14,0	18,0	11,1	16,5	20,7
Schwerindustrie	Mrd. Yuan	915,0	7,7	1,4	— 5,3	9,8	12,4	14,2	17,9	9,6	16,0	18,8
Leichtindustrie	Mrd. Yuan	895,0	9,6	18,4	14,1	5,7	8,7	13,9	18,1	12,7	16,8	22,6
Landwirtschaft	Mrd. Yuan	561,8	8,6	3,9	6,6	11,1	9,6	17,6	14,2	3,5	4,7	3,2
Produktion von												
Getreide ⁶⁾	Mill. t	394,0	8,9	— 3,5	1,4	8,7	9,2	5,1	— 7,0	3,2	2,8	— 2,2
Baumwolle	Mill. t	4,2	1,8	22,6	9,6	21,2	28,6	31,1	— 33,7	— 16,6	18,4	— 1,1
Rohstahl	Mill. t	59,2	8,5	7,5	— 4,0	4,5	7,7	8,4	7,3	11,2	7,3	5,2
Kohle	Mill. t	970,0	2,8	— 2,4	0,3	7,1	7,4	8,0	7,7	2,4	2,9	4,5
Rohöl	Mill. t	137,0	2,0	— 0,2	— 4,5	0,9	3,9	8,0	8,9	4,6	2,6	2,2
Elektrischer Energie	Mrd. kwh	543,0	9,9	6,6	2,9	5,9	7,2	6,6	8,0	8,5	10,3	9,2
Werkzeugmaschinen	1000 Stück	200,0	— 23,8	— 4,3	— 23,2	— 2,7	21,2	8,6	15,7	— 5,1	— 10,6	16,1
Fernsehgeräten	Mill. Stück	24,9	155,8	87,2	116,5	9,8	15,5	45,7	61,6	— 13,2	32,8	28,5
Umsatz des Binnenhandels	Mrd. Yuan	744,0	15,4	18,9	9,8	9,4	9,7	17,8	27,5	8,5	9,6	7,8

1) Personenzahl zum Jahresende. — 2) Zahl registrierter Beschäftigter sowie Selbständiger im staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Bereich, in Städten und ländlichen Gebieten. — 3) Zu Preisen von 1980. — 4) BSP zu Preisen von 1980 je Beschäftigten. — 5) Daten für die Industrie einschließlich des Produktionswertes der ländlichen Kleinindustrie. — 6) Angaben nach einem Grundnahrungsmittel-Konzept unter Einrechnung von Kartoffeln mit 1/5 ihres Rohgewichts.

Quellen: Zhongguo tongji nianjian 1988, (Statistisches Jahrbuch Chinas), Beijing 1988; IMF, International Financial Statistics; BIZ, Quartalsberichte; Erfüllungsberichte.

Index der Einzelhandelspreise erhöhte sich 1988 insgesamt um 18,5 vH². Dies hatte seine Ursache sowohl in außerordentlich hohen Kostensteigerungen (Rohstoffe, Energie, Löhne) als auch in einer starken Ausweitung des monetären Rahmens, der die Nachfrageexpansion begünstigte und Überwälzungsspielräume eröffnete.

Landwirtschaftliche Entwicklung verlor an Schwung

Entscheidende Voraussetzung für günstige Entwicklungsperspektiven ist in einem Entwicklungsland wie der VR China das Gelingen der Agrarreform. Die Veränderungen in der chinesischen Landwirtschaft, die von 1979 an zur Auflösung der Volkskommunen und zur Errichtung unabhängig wirtschaftender Betriebe im Rahmen des „Systems der Selbstverantwortung“ geführt hatten³, motivierten denn auch zunächst zu verstärkter Leistung und vermehrten produktionssteigernden Mitteleinsatz. Der landwirtschaftliche Ankaufpreis wurde mehrfach — bei Getreide zuletzt (1988) um 18 vH — erhöht und die Preisstruktur der Nachfrage nach Agrarprodukten angepaßt.

Das System der Zwangsablieferung und zentralen Bewirtschaftung wurde eingeschränkt und durch vertragliche Lieferungen ersetzt. Im Jahr 1987 sollen die Preise für zwei Drittel aller Erzeugnisse der landwirtschaftlichen Betriebe und Nebenwirtschaften auf dem Markt frei ausgehandelt worden sein⁴.

Bessere Arbeitsorganisation und intensiverer Arbeits-einsatz führten im Zeitraum 1979 bis 1984 zu einem stetigen Wachstum der landwirtschaftlichen Produktion von real durchschnittlich 6,5 vH, dies ist eine wesentliche Steigerung gegenüber dem vorherigen langfristigen Durchschnitt, sowie einer deutlichen Steigerung der ländlichen Einkommen. Seit 1985 haben sich die Wachstumsraten der landwirtschaftlichen Produktion jedoch wieder verrin-

² Bis Jahresende stieg der Einzelhandelspreisindex um knapp 28 vH und blieb bis März 1989 annähernd auf dem erreichten Niveau. Vgl. China Statistics Monthly, Nr. 2, vom Mai 1989.

³ Vgl. Ernst Hagemann: Zum Stand der Wirtschaftsreformen in China: Erfolg auf dem Lande — Neubeginn in den Städten. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1-1985, S. 69 ff.

⁴ Vgl. Beijing Rundschau vom 26.9.88.

gert, speziell bei der Getreideproduktion ist Stagnation festzustellen, weil

- die Anbauflächen infolge alternativer Verwendung (für Industrieansiedlung, Verkehrs- und Wohnungsbau) erheblich zurückgingen;
- die Investitionen in die landwirtschaftliche Produktion und Infrastruktur stagnieren⁵;
- sich die Preise für Vorleistungen erhöht haben⁶;
- durch Erhöhung der staatlichen Abnahmequote — mit niedrigem Ankaufspreis — im Rahmen der Verträge mit staatlichen Ankaufstellen die Nettoerlöse der Bauernhaushalte gedrückt werden.

Seit Herbst 1987 hat der Staat den landwirtschaftlichen Bereich wieder stärker gefördert, z.B. durch mehr Mittel für Infrastruktureinrichtungen, speziell für Bewässerungsanlagen, Hilfen bei der Gründung von Beratungs- und anderen Dienstleistungsgesellschaften sowie einen rechtlichen Rahmen für Dauer und Übertragung von Bodennutzungsrechten, der dem schnellen Strukturwandel in diesem Sektor Rechnung trug. Bisher jedoch ist dadurch die Produktivität in der Landwirtschaft nicht wesentlich gesteigert worden; anscheinend überwiegen immer noch die bürokratischen Hemmnisse bei Produktion und Vermarktung. Ein Indiz hierfür ist das überdurchschnittliche Wachstum jener Betriebszweige — wie Fischerei (1988: +11,8 vH), Viehzucht (+10,5 vH) und Nebengewerbe (+10,4 vH) —, in denen Marktpreise einen stärkeren Anreiz bieten.

Differenziertes Bild im gewerblichen Bereich

Auch im gewerblichen Sektor verlief die Entwicklung anders als geplant. Wesentliche Bestandteile der Reformstrategie waren die Trennung von Partei, Staat und Betrieb mit weitgehender Entscheidungsautonomie der gewerblichen Betriebe gegenüber der ministeriellen Bürokratie und die Überführung kleinerer staatlicher Betriebe in genossenschaftliche bzw. private Hand im Rahmen von „Leasingverträgen“. Von 1985 an wurde ein duales Preissystem eingeführt. Die Unternehmen konnten den Teil der Produktion, die das Plansoll überstieg, zu Marktpreisen absetzen, während die Erzeugung innerhalb des Planrahmens an niedrigere Planpreise und die staatliche Materialversorgung gebunden blieb. Schrittweise wurde der Umfang von Planung und bürokratischer Materialversorgung verringert, der Einfluß der Marktpreise auf Produktionskosten und Betriebsergebnis erhöht. Im Jahr 1987 wurde fast die Hälfte aller Vorprodukte über den Markt beschafft. Die Vorstellung der chinesischen Planer war, daß bis zum Ende der neunziger Jahre Plan- und Marktpreise sich angleichen würden und auf diese Weise eine „weiche“ Form des Übergangs zur reinen Marktallokation ermöglicht würde⁷.

Die Folge war einerseits, daß die Produktivität in den Betrieben, die sich auf die neuen Bedingungen einstellen

konnten, kräftig stieg. Andererseits bildeten sich bei den nach wie vor im Staatsplan erfaßten Betrieben — vor allem sie sind Nutznießer der Planzuweisungen — Extragewinne⁸. Auf manchen Teilmärkten stiegen die Preise übermäßig, vor allem im Rohstoff-, Energie- und Transportbereich. Die damit verbundenen Kostensteigerungen bewirkten nur in seltenen Fällen Verbrauchseinschränkungen, sondern einerseits häufig weitere Preisüberwälzungen, die von den örtlichen Behörden über Zusatzsteuern teilweise abgeschöpft wurden, und Qualitätsverschlechterungen, z.B. bei landwirtschaftlichen Inputs und sogar bei Exportprodukten.

Vom Sommer 1987 an wurde deshalb die Überplanproduktion vieler Produktionsmittel und bestimmter Rohstoffe erneut einer Kontrolle durch die örtlichen Preisämter mit zugleich strikter Festsetzung bestimmter Höchstgrenzen für die Verkaufspreise, Absatzwege usw. unterworfen⁹. Investitionsentscheidungen und Kostenplanungen wurden wieder eingeeengt, die Funktion der Verantwortungs- und Vertragssysteme ausgehöhlt. In vielen Fällen waren es die zentralplanwirtschaftlichen Institutionen und die alten Kader, die auf diese Weise ihre bürokratische Kontrolle unter einem anderen Firmenschild zurückerhielten; häufig trat die Kontrolle durch das örtliche Industriebüro an die Stelle der zentralen ministerialen Aufsicht.

So wie der Prozeß der Dezentralisierung zeitlich und räumlich sehr unterschiedlich verlief, gibt es regionale Unterschiede im Ausmaß der Rezentralisierung. Allgemein gilt, daß die südlichen Provinzen, vor allem Guang-

⁵ Der Anteil der staatlichen Investitionen an den gesamten Investitionen in der Landwirtschaft ging von 1978 bis 1987 kontinuierlich zurück (von über 10 vH im Jahresdurchschnitt 1976 bis 1980 auf knapp 4 vH in den Jahren 1986/87). Der Rückgang der staatlichen Investitionen wurde nur zu einem Teil durch höhere kollektive und private Aufwendungen kompensiert, weil die Bauern in anderen Bereichen, z.B. in der Kleinindustrie, im Transportbereich oder Baustoffhandel sowie in den Städten günstigere Anlagemöglichkeiten fanden.

⁶ Die Preise für Vorleistungen (darunter Düngemittel, Pestizide, Plastikplanen und Treibstoffe) wurden infolge erster Anpassungen im Rahmen der Preisreform, aber auch des inflexiblen Systems der Verteilung, das keinen Wettbewerb zuläßt, jedoch viel Gelegenheit zu Spekulation und Korruption bietet, stark erhöht. Zudem ist die Erlössituation pro Flächeneinheit bei Öl- und Faserpflanzen sowie bei Gemüse um bis das Sechsfache günstiger. Nach einer Untersuchung gingen die Nettoerlöse je Bodeneinheit um 30 bis 40 vH zurück; bei Getreide wurden die Aufkaufpreiserhöhungen zum Teil vollständig von Kostensteigerungen aufgezehrt. Vgl. Jingji Yanjiu (Wirtschaftsforschung), Nr. 9, 1987.

⁷ Einen guten Überblick über diese dualen Märkte gibt Diao Xinshen, *The Role of the Two-Tier Price System*. In: *Reform in China, Challenges and Choices*. Ed. by Bruce L. Reynolds, Armonk, N.Y. 1987, S. 35 ff.

⁸ Diese Extragewinne sollen zwar über eine Zusatzsteuer weggesteuert werden, doch gibt es bisher kein leistungsfähiges Steuersystem.

⁹ Vgl. Renmin Ribao vom 27.9.1987.

Daten zur finanziellen Situation in der VR China

	Einheit	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Bruttosozialprodukt, nominal	Mrd. Yuan	433,6	462,9	503,8	562,7	676,1	833,0	945,7	1104,9	1385,3
Veränderung	vH	11,8	6,8	8,8	11,7	20,1	23,2	13,5	16,8	25,6
Staatsausgaben, nominal ¹⁾	Mrd. Yuan	121,3	111,1	115,3	129,3	154,6	184,5	233,1	242,7	266,8
Veränderung	vH	-1,6	-8,1	3,4	12,1	19,6	19,3	26,3	4,1	9,9
Staatsquote ²⁾	vH	28,0	24,0	22,9	23,0	22,9	22,2	24,6	22,0	19,3
Defizit des Haushalts ³⁾	Mrd. Yuan	12,8	2,6	2,9	4,3	5,0	3,0	7,1	8,0	21,1
Defizit/Ausgaben	vH	10,6	2,3	2,5	3,3	3,2	1,6	3,0	3,3	7,9
Defizit zu BSP	vH	3,0	0,6	0,6	0,8	0,7	0,4	0,8	0,7	1,5
Geldmenge M2 ⁴⁾	Mrd. Yuan	200,7	242,2	280,5	329,1	417,8	526,1	660,0	802,6	958,0
Veränderung	vH	—	20,7	15,8	17,3	26,9	25,9	25,5	24,6	19,4

¹⁾ Einkommenstransfers der Sozialhaushalte sind in den Angaben nicht enthalten. Ein Vergleich mit westlichen Industrieländern, auch im Hinblick auf die Staatsquote, ist deshalb nicht möglich. — ²⁾ Staatsausgaben im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt. — ³⁾ 1988 erstmalig einschließlich ausländischer Kredite in Höhe von 13 Mrd. Yuan. — ⁴⁾ M2 = Geld in Umlauf und Depositen nach Definition des IMF.

Quellen: Zhongguo tongji nianjian 1988, (Statistisches Jahrbuch Chinas), Beijing 1988; Erfüllungsbericht für 1988; IMF, International Financial Statistics.

dong und Hainan, die Sonderwirtschaftszonen und die übrigen Küstengebiete von der Rezentralisierung weniger betroffen sind. Auch gibt es diskriminierende Elemente in dieser Politik, die sich häufig gegen besonders erfolgreiche Privatbetriebe wendet. Dabei handelt es sich in erster Linie um junge und kleinere, flexible ältere Betriebe, die hauptsächlich Fertigerzeugnisse, darunter langlebige Konsumgüter, produzieren und in der Regel hohe Gewinne erzielen und die auch 1988 mit ihren Wachstumsraten diejenigen der Vorprodukte liefernden Großindustrie deutlich übertrafen¹⁰.

Durch viele dieser einschränkenden Anpassungsmaßnahmen — die von Herbst 1988 an in über vierzig Verordnungen des Staatsrates unter dem Titel „Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Überwindung der Schwierigkeiten in der Wirtschaft“¹¹ zusammengefaßt und im Zusammenhang mit dem Volkswirtschaftsplan für 1989 noch verschärft wurden¹² — wurde in vielen kleinen Schritten eine stärkere zentrale Kontrolle vorbereitet, die zunächst auch als eine energischere Antiinflationpolitik gedeutet werden konnten.

Ungenügende Inflationsbekämpfung

Im Mai 1988 waren — neben den Preisen anderer Güter- und Dienstleistungen — viele Nahrungsmittelpreise in mehreren Städten und Provinzen freigegeben worden; wenig später wurden auch die staatlichen Verkaufspreise für Getreide und Speiseöl leicht erhöht. Ziel war die Entlastung des staatlichen Budgets von den hohen Preissubventionen¹³, die 1988 um 88 vH gegenüber dem Vorjahr aufgestockt werden mußten. Diese

Preissubventionen machten die Hälfte aller ausgewiesenen Subventionsausgaben und 12 vH der Gesamtausgaben des Staatshaushalts aus. Innerhalb weniger Monate beschleunigte sich der Preisanstieg auf über 20 vH (gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres), so daß schon im Frühherbst 1988 ein zweijähriges Moratorium der Preisreform und weitere Maßnahmen zur Abkühlung der überhitzten Wirtschaftsentwicklung beschlossen wurden.

Im Rahmen der Reformen hatten sich ländliche wie städtische Einkommen stark erhöht. Vor dem Hintergrund einer expansiven Wirtschaftspolitik kam es zu kräftigen Preissteigerungen, aber auch zu Lohnerhöhungen, die weit über den — durchaus starken — Produktivitätsanstieg hinausgingen. Die Konsumausgaben stiegen explosionsartig (1988 +28 vH), vor allem die Ausgaben für

¹⁰ Die alten Großbetriebe haben einen systembedingten Wettbewerbsnachteil. Sie haben einen zu großen Stamm „beamteter“ Betriebsangehöriger, d.h. sie besolden viele unterbeschäftigte Mitarbeiter, und ihr Lohnfonds wird zusätzlich durch mehr oder weniger hohe Zahlungen an Rentner belastet. China hat noch kein landesweites Versicherungssystem für Arbeitslosigkeit, Unfall und Altersruhe.

¹¹ Vgl. im einzelnen Zhonghua renmin gongheguo guowuyuan gongbao (Mitteilungsblatt des Staatsrates der VR China), erscheint in loser Folge.

¹² Vgl. Yao Yilin, Über den Planentwurf für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung 1989. Bericht auf der 2. Tagung des VII. Nationalen Volkskongresses am 21. März 1989. In: Beilage zur Beijing Rundschau vom 2.5.1989.

¹³ Ausgewiesen wurde eine Summe von knapp 32 Mrd. Yuan als Preissubvention für Nahrungsgüter, die im Gegensatz bis zur Zeit vor 1985 auch als direkte Zahlung an die Konsumenten verbucht wurde.

Struktur der Investitionen in der VR China

	1978	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
	Mrd. Yuan, zu lfd. Preisen									
Investitionen, insgesamt	76,90	86,10	96,10	123,04	143,01	183,29	254,32	301,96	364,09	431,40
	Anteile nach Eigentumsklassen, in vH									
Staatliche Investitionen	86,8	86,6	69,5	68,7	66,6	64,7	66,1	65,5	63,1	62,0
Neuinvestitionen	65,0	64,9	46,1	45,1	41,6	40,6	42,2	38,9	36,9	33,5
Ersatzinvestitionen	21,8	21,7	20,4	20,3	20,4	16,9	17,7	20,5	20,8	21,9
Sonst. Investitionen ¹⁾	—	—	3,0	3,2	4,7	7,2	6,1	6,1	5,4	6,5
Investitionen der Kollektive	11,8	11,1	12,0	14,2	10,9	13,0	12,9	13,0	15,0	14,4
Städt. Kollektive	—	—	3,3	3,5	3,2	3,5	5,0	4,9	5,0	.
Ländl. Kollektive	—	—	8,7	10,7	7,7	9,5	7,9	8,1	10,0	.
Private Investitionen	1,4	2,3	18,5	17,1	22,5	22,3	21,0	21,5	21,9	23,1
in Städten	—	—	1,2	1,0	1,2	1,6	2,2	2,5	2,8	.
in Landgemeinden	—	—	17,3	16,1	21,3	20,7	18,8	19,0	19,1	.
	Anteile nach Finanzierungsquellen, in vH									
Staatliches Budget ²⁾	54,2	40,6	28,1	22,7	23,8	23,0	16,0	14,6	13,1	14,3
Inländische Anleihen	1,6	4,0	12,6	14,3	12,3	14,0	20,1	21,1	23,0	23,5
Ausländische Kredite ³⁾	—	—	3,8	4,9	4,6	3,9	3,6	4,4	4,8	5,0
Eigenmittel der Investoren und sonstige Quellen ⁴⁾	44,2	55,4	55,5	58,1	59,3	59,1	60,3	59,9	59,1	57,2

1) Investitionen zur Erschließung und Erweiterung von Energielagerstätten und anderen Rohstoffen, Bauinvestitionen sowie zum Kauf von Ausrüstungen. — 2) Ohne ausländische Kredite, die über den Haushalt verteilt werden. — 3) Einschließlich der Zuweisungen an den Staatshaushalt. — 4) Insbesondere Sonderfonds staatlicher Betriebe.

Quellen: Zhongguo tongji nianjian 1986 und 1988, (Statistisches Jahrbuch Chinas), Beijing 1986 u. 1988; Erfüllungsberichte; Berechnungen des DIW.

langlebige Gebrauchsgüter, bei einzelnen Waren z.T. um bis zu 50 vH.

Eine zweite, wichtige Nachfragekomponente sind die Investitionen: die Ausgaben dafür stiegen 1988 um 18,5 vH. Der Preisanstieg war hier zwar deutlich geringer als bei den Konsumgütern, aber doch kräftig¹⁴. Dabei nahm der direkte Einfluß der Regierung auf das Investitionsgeschehen ab¹⁵.

Die Investitionen bewirkten zwar eine Erweiterung des Angebots, doch reichte diese für eine Entspannung an der Preisfront nicht aus. Denn nicht alle Investitionen waren produktiv. Obwohl hierzu keine schlüssigen Daten vorliegen, kann vermutet werden, daß der Anteil der Investitionen, der zu spät oder nie die geplante Kapazität herbeiführt, sehr hoch ist. Hier besser zu steuern und auch durch eine wieder stärkere eigene Investitionstätigkeit gezielt zur Beseitigung von Engpässen beizutragen, wäre eine Herausforderung für die Finanzpolitik.

Ausblick

Chinas Führung hat es bisher nicht geschafft, von Partei, Staat und Wirtschaftsverwaltung tatsächlich unab-

hängige Betriebe und Banken zu schaffen sowie öffentliche Verwaltung und Partei zu trennen. Damit wurde ein wesentliches wirtschaftliches Reformziel verfehlt. Wie früher, so gibt es auch heute noch in allen chinesischen Institutionen und Ämtern ein kompliziertes Geflecht von konservativen und mehr liberalen politischen Interessen, die in der Vergangenheit reformerische Maßnahmen in einigen Fällen begünstigt, zu oft aber verzögert, verwässert oder in ihr Gegenteil verkehrt haben.

Die nun fehlende Unterstützung durch eine Reformgruppe in der zentralen Führung stärkt für die nächste Zukunft in vielen Betrieben und Verwaltungseinheiten die

¹⁴ Ein Großhandels- oder Herstellerpreisindex zur Deflationierung der Investitionsentwicklung wird bisher nicht veröffentlicht, der Anstieg eines Index für 15 wichtige Produktionsmittel wurde für 1988 mit 15 vH angegeben; das reale Wachstum der Investitionen dürfte etwa auf dem Pfad des Konsums gelegen haben.

¹⁵ Der Anteil der staatlichen Investitionen an den gesamten Investitionen ging von 87 vH (1978) auf 62 vH (1988) zurück, der Anteil der privaten stieg auf 23 vH, während sich derjenige der Kollektivbetriebe nur geringfügig veränderte. Vor allem verringerte sich der Anteil der über (das zentrale und die regionalen) Budgets finanzierten Investitionen in diesem Zeitraum von 40 auf 14 vH.

Stellung konservativer Kräfte, wenn nicht gar zum Mittel der direkten Einschüchterung und Unterdrückung gegriffen wird. Die Reformer haben im letzten Jahr sehr offen ihre Ziele und die Grenzen diskutiert; ihnen war bewußt, daß die Volkswirtschaft zunächst eine starke Wachstumsabschwächung mit einem sich dramatisch vergrößerndem Defizit des Staatshaushalts, einem Anstieg der Arbeitslosigkeit und einer Erhöhung des Außenhandelsdefizits bei weiter hohem Preisanstieg überstehen muß

und daß dies die gemeinsame Anstrengung aller Kräfte erfordern wird. Die gegenwärtige Führung ist auf dem Weg zu einer Verschärfung der Kontrollen auf allen Ebenen, obwohl sie schon in der ZK-Resolution vom Herbst 1984 das Scheitern des bürokratischen Weges in der Wirtschaftspolitik eingestanden hatte. Sie muß diesen Widerspruch auflösen und das Programm der Reform und der Öffnung wieder aufnehmen, soll eine weitere Destabilisierung des Landes vermieden werden.

Steigender Überschuß in der Leistungsbilanz

Zur Entwicklung des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland im ersten Tertial 1989

Die reale Warenausfuhr ist im ersten Tertial — von Saison- und Kalendereffekten bereinigt¹ — gegenüber den vorangegangenen vier Monaten um 5,6 vH gestiegen (Jahresrate: 17 vH). Ausschlaggebend war die kräftige Zunahme des Exports von Investitionsgütern insbesondere nach Westeuropa. Eine Rolle spielten auch Sondereinflüsse. Das kräftige Wachstum ist teilweise Reflex der verhaltenen Exportentwicklung gegen Jahresende 1988. Teilweise dürfte es angesichts der absehbaren Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen für die Ausfuhr genehmigungspflichtiger Waren² auch zu Vorzieheffekten gekommen sein.

Die Wachstumsrate der realen Wareneinfuhr hat sich im ersten Tertial dieses Jahres erheblich verringert (Jahresrate: 3 vH). Sondereinflüsse beim Import von Energieträgern haben hier die konjunkturelle Grundtendenz verzerrt; wegen der erwarteten Preiserhöhungen ist es im zweiten Halbjahr 1988 zu erheblichen Lageraufstockungen gekommen. Ohne Erdöl und Mineralölzeugnisse hat die Einfuhr mit zügigem Tempo und kräftiger als das Wachstum der inländischen Güterverwendung zugenommen.

Der Überschuß im Warenverkehr ist im Vergleich mit den vorangegangenen vier Monaten real um rund 8 Mrd. DM auf 23 Mrd. DM gestiegen. In nominaler Rechnung waren es knapp 4 Mrd. DM, denn die Terms of Trade haben sich verschlechtert. Im Dienstleistungsverkehr ist erstmals seit rund zwei Jahren wieder ein positiver Saldo von rund 1 Mrd. DM zu verzeichnen. Ebenso wie in den Jahren 1984 bis 1986 haben dazu hohe Nettoeinnahmen in der Kapitalertragsbilanz beigetragen; jedoch waren es diesmal nicht vermehrte Einnahmen aus Direktinvesti-

tionen, sondern steigende Zinserträge aus Geldanlagen im Ausland. In der Übertragungsbilanz ist das traditionelle Defizit im Vergleich zu den vorangegangenen vier Monaten um rund 3 Mrd. DM gesunken, weil die Nettzahlungen der Bundesrepublik an den EG-Haushalt zurückgingen. Die Leistungsbilanz, also die kumulierten Salden des Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie der unentgeltlichen Leistungen, schloß im ersten Tertial mit einem saisonbereinigten Überschuß von 38,5 Mrd. DM; das sind rund 12 Mrd. DM mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Kräftiger Anstieg der Ausfuhr von Investitionsgütern

Die Ausfuhren der klassischen Hersteller von Investitionsgütern, also des Maschinenbaues und der Elektroindustrie, haben preisbereinigt im Berichtszeitraum beschleunigt zugenommen. Im Maschinenbau setzte sich damit der Exportaufschwung, der im entsprechenden Vorjahreszeitraum eingesetzt hatte, zügig fort. Der Maschinenbau hat im Branchenvergleich nach dem Straßenfahr-

¹ Analysiert werden in diesem Bericht saison- und arbeitstäglich bereinigte Zeitreihen. Die Saisonbereinigung wurde nach dem Berliner Verfahren (BV3) vorgenommen.

² Die internationale Diskussion über die mögliche Beteiligung deutscher Firmen am Bau einer Chemie-Waffenfabrik in Libyen hatte die Bundesregierung veranlaßt, verschärfte Bestimmungen in die Außenwirtschaftsverordnung aufzunehmen. Vgl. Zweite und dritte Verordnung zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes vom 27. 2. 1989 und 22. 3. 1989.

Leistungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland
In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik (Mrd. DM)

	Ursprungswerte							Saison- und arbeitstgl. bereinigte Werte ¹⁾			
	1986	1987	1988	1. T	2. T	3. T	1989 1. T	1. T	1988 2. T	3. T	1989 1. T
Warenverkehr²⁾											
Ausfuhr fob. nominal	526,36	527,38	567,75	171,47	189,21	206,97	209,65	173,91	193,64	198,52	212,71
Ausfuhr fob. real	450,48	463,44	497,79	153,12	164,80	176,35	176,54	155,12	168,58	169,39	178,91
Einfuhr cif. nominal	413,74	409,64	439,77	136,79	144,28	158,55	163,75	136,08	147,90	153,29	163,86
Einfuhr cif. real	397,51	418,80	447,03	141,03	146,04	158,32	155,11	140,73	148,63	154,52	156,03
Dienstleistungen³⁾											
Einnahmen, insgesamt	142,47	145,30	152,30	46,35	53,31	52,64	53,98	48,45	51,43	52,17	56,36
Kapitalerträge ⁴⁾	46,06	50,56	57,05	17,44	20,27	19,34	21,67	17,44	20,27	19,34	21,67
Reiseverkehr	13,67	13,80	14,84	3,67	6,09	5,08	4,35	4,78	5,00	5,06	5,67
Ausgaben, insgesamt	141,23	151,06	162,83	48,52	60,13	54,18	51,53	52,09	54,34	55,87	55,39
Kapitalerträge ⁴⁾	37,46	43,60	48,98	15,62	17,55	15,81	15,54	15,62	17,55	15,81	15,54
Reiseverkehr	39,09	41,94	43,97	11,01	19,47	13,49	12,25	14,46	14,71	15,01	16,04
Unentgeltliche Leistungen⁴⁾											
Einnahmen, insgesamt	19,38	18,22	21,92	6,71	8,01	7,21	7,55				
EG-Erstattungen	11,36	9,77	12,31	4,02	4,50	3,80	4,82				
Ausgaben, insgesamt	46,64	47,27	53,94	15,80	18,24	19,90	17,99				
EG-Ausgaben	19,59	20,16	25,33	6,70	8,43	10,20	8,03				
Heimatüberw. Gastarbeiter	7,45	7,30	7,35	2,40	2,70	2,25	2,45				
Veränderung in vH											
	Vorjahr						Vorquartal				
Warenverkehr²⁾											
Ausfuhr fob. nominal	-2,0	0,2	7,7	-0,1	13,3	9,7	22,3	-0,4	11,3	2,5	7,1
Ausfuhr fob. real	1,3	2,9	7,4	1,9	12,1	6,1	15,3	1,6	8,7	0,5	5,6
Einfuhr cif. nominal	-10,8	-1,0	7,4	1,5	9,5	10,8	19,7	1,0	8,7	3,6	6,9
Einfuhr cif. real	6,2	5,4	6,7	3,1	8,0	7,9	10,0	2,7	5,6	4,0	1,0
Dienstleistungen³⁾											
Einnahmen, insgesamt	-1,2	2,0	4,8	3,2	6,7	4,4	16,5	3,5	6,2	1,4	8,0
Kapitalerträge ⁴⁾	5,1	9,8	12,8	9,4	17,5	11,3	24,3	9,4	16,2	-4,6	12,0
Reiseverkehr	-2,2	1,0	7,5	7,6	8,4	6,5	18,5	9,1	4,6	1,2	12,1
Ausgaben, insgesamt	1,7	7,0	7,8	6,7	9,4	7,0	6,2	6,9	4,3	2,8	-0,9
Kapitalerträge ⁴⁾	8,5	16,4	12,3	9,8	16,8	10,2	-0,5	9,8	12,4	-9,9	-1,7
Reiseverkehr	3,7	7,3	4,8	5,3	6,5	2,1	11,3	5,6	1,7	2,0	6,9
Unentgeltliche Leistungen⁴⁾											
Einnahmen, insgesamt	9,7	-6,0	20,3	-10,3	20,1	77,1	12,5				
EG-Erstattungen	12,5	-14,0	26,0	-20,4	27,8	216,7	19,9				
Ausgaben, insgesamt	-0,3	1,4	14,1	-0,9	15,3	28,3	13,9				
EG-Ausgaben	6,2	2,9	25,6	-3,2	28,3	52,9	19,9				
Heimatüberw. Gastarbeiter	-6,3	-2,0	0,7	2,1	0,0	0,0	2,1				
Salden (nominal)											
Warenverkehr ²⁾⁵⁾	111,16	115,99	127,73	35,89	43,36	48,49	45,03	39,03	44,21	45,32	47,98
Dienstleistungen ³⁾	1,24	- 5,76	-10,53	- 2,18	- 6,81	-1,54	2,45	- 3,64	- 2,91	- 3,70	0,97
Unentgeltl. Leistungen ⁴⁾	-27,26	-29,05	-32,01	-9,09	-10,23	-12,69	-10,44	-9,09	-10,23	-12,69	-10,44
Leistungsbilanz	85,14	81,17	85,19	24,62	26,32	34,25	37,03	26,30	31,07	28,93	38,51

1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV 3). — 2) Spezialhandel gemäß Außenhandelsstatistik. — 3) Ohne Fracht und Versicherungskosten. — 4) Nicht saisonbereinigt. — 5) Einschließlich Ergänzungen und Transithandel.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank.

zeugbau wieder das zweithöchste Ausfuhrvolumen erreicht; auch die Exportquoten sind in diesen beiden Branchen mit jeweils knapp 50 vH am höchsten. Beim Straßenfahrzeugbau konnte vor allem der im Vorjahr noch schwache Export von Lastkraftwagen erheblich gesteigert werden. Die Ausfuhren von elektrotechnischen Investitionsgütern haben dagegen nur langsam zugenommen. Die Ausfuhren von Büromaschinen und ADV-Geräten blieben auf dem gedrückten Niveau, das gegen Jahresende 1988 erreicht worden war. Höhere Auslieferungen der Airbus-Produzenten haben wohl zum sprunghaften Anstieg der Exporte der Branche Luft- und Raumfahrzeuge beigetragen. Die Geschäfte dieses inzwischen immer erfolgreicher akquirierenden Wirtschaftszweiges sind allerdings nur in geringem Maße konjunkturabhängig. Auch feinmechanische und optische Geräte sowie EBM-Waren sind vermehrt exportiert worden. Die Ausfuhren von Verbrauchsgütern haben nur halb so stark expandiert wie die von Investitionsgütern. Rückläufig waren im Berichtszeitraum nach dem kräftigen Anstieg gegen Jahresende 1988 die Lieferungen von Personenkraftwagen. Die Exporte des Bekleidungsgewerbes sind nach starkem Wachstum in den vorangegangenen vier Monaten weiter, wenn auch erheblich verlangsamt, gestiegen. Die Ausfuhren von Textilien haben erneut deutlich zugenommen, ebenso die von elektrotechnischen Gebrauchsgütern.

Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe hat das Exportvolumen auf dem bereits im Sommer 1988 erreichten hohen Niveau stagniert. Die Ausfuhren von chemischen Erzeugnissen sind sogar leicht zurückgegangen. Eisen und Stahl ist dagegen vermehrt exportiert worden. Das spricht gegen die Vermutung, daß die nachlassende Exportdynamik im Vorproduktbereich schon erstes Anzeichen einer konjunkturellen Verlangsamung im Ausland sei.

Deutliche Erhöhung der Exporte in die EG-Länder

Die Ausfuhren in die EG-Länder sind im ersten Tertial preisbereinigt beschleunigt gestiegen, insbesondere die von Investitionsgütern. Immer häufigere Kapazitätsengpässe in einzelnen Branchen und die Vorbereitungen auf den europäischen Binnenmarkt haben bei allgemein guter Ertragslage der Unternehmen zu verstärkter Investitionstätigkeit geführt. Überdurchschnittlich haben die Lieferungen nach Frankreich und Spanien zugenommen. Die Ausfuhren in die Niederlande und nach Belgien-Luxemburg expandierten mit durchschnittlichem Tempo. Der Export nach Großbritannien hat trotz der dort langsamer werdenden Investitions- und Verbrauchskonjunktur nur wenig an Tempo verloren. Die deutschen Exporteure profitieren bei der Schwäche des britischen Pfundes offenbar von den stabilen DM-Ausfuhrpreisen. Die Lieferungen nach Italien verharren seit den Sommermonaten 1988 auf hohem Niveau. Nach dem Rückgang gegen Jah-

resende 1988 kam es zu einer merklichen Erholung der Exporte nach Dänemark, Portugal und Griechenland. Auch die Ausfuhren in die EFTA-Länder haben erneut zügig expandiert. Dabei hat sich das Tempo der Lieferungen nach Schweden und der Schweiz beschleunigt, nach Österreich jedoch deutlich verringert.

Die Konzentration des Exports auf die europäischen Industrieländer, also die EG und die EFTA-Länder, hinzugechnet Jugoslawien und die Türkei hat sich weiter erhöht, der Anteil dieser Länder am gesamten nominalen Warenexport betrug im Berichtszeitraum 74 vH (1980: 69 vH; 1970: 69 vH). Bemerkenswert ist, daß sich der Anteil der ursprünglichen EG-Länder (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien) am Export leicht verringert hat, von 40 vH (1970) auf 39 vH. Die Integration Spaniens und Portugals in die EG hat in den achtziger Jahren den deutschen Export stimuliert.

Die Lieferungen in die USA sind bei der dort gedämpften Investitionstätigkeit und der mäßigen Nachfrage nach ausländischen Personenkraftwagen deutlich gesunken. Straßenfahrzeuge haben im Export in die USA einen besonders hohen Anteil; die meisten Hersteller in der Bundesrepublik melden weiter sinkende Stückzahlen bei den Lieferungen in die USA. Im Handel mit den USA überlagern sich zwei Effekte: Die Nivellierung des Konjunkturgefälles mit der Folge, daß die Anziehungskraft des US-Marktes nachläßt. Anregend wirkt die vom Sommer des Vorjahres einsetzende Aufwertung des US-Dollars. Die Importe aus den USA expandierten nach der Jahreswende 1988/89 weiter zügig. Der deutsche Exportüberschuß hat sich im Berichtszeitraum gegenüber den vorangegangenen vier Monaten halbiert.

Der Export nach Japan hat nach dem sehr kräftigen Anstieg gegen Jahresende 1988 im Berichtszeitraum nur noch wenig zugenommen. Die Bedeutung dieses Landes als Exportmarkt ist bei einem Anteil von 2,7 vH (1988) weiterhin gering.

Bemerkenswert stark sind nach dem Rückgang gegen Jahresende 1988 im Berichtszeitraum die realen Ausfuhren in die Entwicklungsländer einschließlich der OPEC-Länder gestiegen; dabei haben die Lieferungen in die OPEC-Länder allerdings noch nicht wieder den Anschluß an das Niveau vom Frühsommer 1988 erreicht. Auch in die Staatshandelsländer konnten die Ausfuhren erhöht werden, vor allem nach Polen, Ungarn und in die Sowjetunion.

Einfuhr von Fertigwaren-Enderzeugnissen erneut gestiegen

Die Einfuhren von Fertigwaren-Enderzeugnissen haben sich im ersten Tertial 1989 gegenüber den vorangegangenen vier Monaten mit einer Rate von knapp 4 vH (Jahresrate: 11 vH) beschleunigt erhöht. Im Vordergrund standen die Bezüge von Investitionsgütern, namentlich

die von elektrotechnischen Gütern und Datenverarbeitungsgeräten. Offenbar richtet sich die bei anhaltend hoher Investitionstätigkeit rege Nachfrage im Inland vorwiegend auf solche Güter, bei denen die ausländische Konkurrenz einen anerkannt hohen Qualitätsstandard hat, preiswert ist und teilweise inländische Liefer- und Kapazitätsengpässe überbrücken kann. Das sind, wie auch der jüngsten Studie der EG-Kommission zum Außenhandel der Gemeinschaft zu entnehmen ist, besonders Datenverarbeitungsgeräte. Lastkraftwagen wurden nach dem Rückgang gegen Jahresende 1988 ebenfalls vermehrt importiert. Dagegen haben die Einfuhren von Maschinenbauerzeugnissen nur mit mäßigem Tempo zugenommen.

Auch die Einfuhren von Verbrauchsgütern sind, begünstigt von der Expansion des privaten Verbrauchs, deutlich gestiegen. Insbesondere die Importe von Personenkraftwagen sowie von Möbeln, Bekleidung und Textilien haben kräftig zugenommen. Lediglich bei elektrotechnischen Gebrauchsgütern hat sich die Importschwäche fortgesetzt, die Einfuhren haben sich nur geringfügig erhöht.

Die Einfuhr von industriellen Vorprodukten (ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse) geriet im Berichtszeitraum ins Stocken. Diese Entwicklung dürfte angesichts der zügigen Produktionsausweitung im verarbeitenden Gewerbe ein Reflex auf die hohe Bevorratung in den letzten Monaten des Vorjahres gewesen sein. Sondereinflüsse, wie die Beschlüsse der OPEC-Länder im Juni 1988 zur Anhebung des Richtpreises auf 18 US-Dollar pro Barrel und die Steuererhöhung bei Benzin und Heizöl per 1.1.1989, hatten die Importe von Erdöl und Mineralölerzeugnissen im zweiten Halbjahr 1988 anschwellen lassen. Lageraufstockungen und eine hohe private Bevorratung bei Heizöl haben dazu geführt, daß die Einfuhren von Energierohstoffen nach der Jahreswende 1988/89 abrupt, real um 20 vH (Jahresrate: 62 vH), gesunken sind. Der vergleichsweise milde Winter und die Einsparungen beim teurer gewordenen Benzin haben dazu beigetragen, daß sich die Importe von Energieträgern bis zum Frühjahr nicht von dem niedrigen Niveau am Jahresbeginn gelöst haben.

Einfuhrpreise sprunghaft gestiegen

Die Einfuhrpreise (Durchschnittswerte) sind im ersten Terial 1989 mit einer Jahresrate von rund 14 vH sehr kräftig und auf breiter Basis gestiegen. Erdöl und Mineralölprodukte haben sich infolge der Verknappung des Angebots auf dem Weltmarkt³ überdurchschnittlich verteuert; der bis zum Jahresende 1988 abwärts gerichtete Preistrend für Energierohstoffe hat sich damit umgekehrt. Die Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar um knapp 10 vH (Vorjahresvergleich) hat den Preisschub, der vom Weltmarkt ausging, für die deutschen Importeure noch verstärkt. Der Rohölpreis pro Tonne ist von 180 DM

im November 1988 auf 276 DM im April 1989 gestiegen, also um rund 53 vH. Auch in den übrigen Gütergruppen waren die Verteuerungen teilweise erheblich: So bei den industriellen Fertigwaren, dort sind z.B. die Importpreise von Personenkraftwagen um 5 vH (Jahresrate), die von Textilien, Bekleidung und Schuhen um 15 vH (Jahresrate) gestiegen. Für importierte Ernährungsgüter mußten ebenfalls höhere Preise gezahlt werden, besonders für Futtermittel.

Die Ausführpreise (Durchschnittswerte) wurden nur mäßig erhöht; sie sind sogar schwächer als die Erzeugerpreise im Inlandsabsatz gestiegen. Diese moderate Preispolitik, die durch geringe Kostensteigerungen im Inland möglich wurde, hat mit zur Exportdynamik im Berichtszeitraum beigetragen. Das Austauschverhältnis (Terms of Trade) hat sich bei dieser Entwicklung von Ausfuhr- und Einfuhrpreisen allerdings deutlich verschlechtert.

Ausblick

Der reale Auftragseingang aus dem Ausland beim gesamten verarbeitenden Gewerbe hat im April/Mai gegenüber den vorangegangenen beiden Monaten erneut kräftig zugenommen; ausschlaggebend dafür war die Nachfrage im Investitionsgütergewerbe. Dabei sind vor allem die klassischen Investitionsgüter, also Maschinenbauerzeugnisse und elektrotechnische Investitionsgüter vermehrt nachgefragt worden.

Unterstützt wird die Exportkonjunktur nach wie vor durch günstige Angebotsbedingungen: So sind die Lohnstückkosten in der Industrie seit Frühjahr 1987 unverändert geblieben; bei den importierten Rohstoffen zeichnet sich eine Preissenkung ab. Der reale Wechselkurs signalisiert eine hohe Wettbewerbsfähigkeit. Im April/Mai sind die Exporte dem Auftragsschub indes nur zögernd gefolgt. Bei der zur Zeit hohen Kapazitätsauslastung und dem starken Anstieg der Aufträge, besonders in der Investitionsgüterindustrie, ist dies allerdings nicht überraschend.

Die Wareneinfuhr wird in den kommenden Monaten von der Binnenkonjunktur eher stärkere Impulse erhalten; das gilt vor allem für die Verbrauchsgüternachfrage. Bei den Investitionsgütern dürfte sich die Tendenz zum vermehrten Import hochwertiger ausländischer Produkte fortsetzen. Die Einfuhren von industriellen Vorprodukten werden bei schwächerer Produktionszunahme jedoch nur langsam steigen. Insgesamt ist damit zu rechnen, daß sich das Wachstumstempo der Einfuhr deutlich erhöht.

³ Die OPEC-Länder hatten im November 1988 eine Drosselung des Angebots im ersten Halbjahr 1989 beschlossen; hinzu kam der Förderausfall im britischen Nordseesektor und in Alaska.

Aufgrund der nach wie vor stärkeren Expansion der Ausfuhr wird der reale Überschuß im Warenhandel erheblich zunehmen. Die Erhöhung wird wegen der sich anbahnenden Verbesserung der Terms of Trade in nominaler Rechnung noch kräftiger ausfallen. Der Überschuß in der Leistungsbilanz dürfte im ersten Halbjahr mit rund 60 Mrd. DM um 20 Mrd. DM größer sein als im entspre-

chenden Vorjahreszeitraum. Für 1989 bahnt sich damit ein Rekordüberschuß an, der erhebliche wirtschaftspolitische Probleme aufwerfen wird⁴

⁴ Vgl. dazu auch: Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1989/90. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 26-27/1989, S. 304 ff.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer • 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

DDR-Wirtschaft im ersten Halbjahr 1989. Bearbeitet von Doris Cornelsen. —

VR China: Vorläufiges Ende der Reformen? Bearbeitet von Ernst Hagemann. —

Steigender Überschuß in der Leistungsbilanz. Bearbeitet von Herbert Lahmann.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 125,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten